

Windpark Roßkopf: Frist auf 29. Juni verschoben

Regierungspräsidium macht für die neuerliche Verzögerung Gutachten der Bürgerinitiative verantwortlich

Flörsbachtal/Jossgrund (in). Das Regierungspräsidium in Darmstadt hat auch die jüngste Frist (Ende Mai) für eine Entscheidung über den Windpark Flörsbachtal/Roßkopf nicht eingehalten. Auf Anfrage der GNZ teilte das Regierungspräsidium gestern mit, dass das Verfahren, bei dem es um sechs Windkraftanlagen geht, noch immer nicht abgeschlossen werden konnte. Und: Es gibt eine neue Fristverlängerung. Danach soll bis zum 29. Juni eine Entscheidung über das von Projektentwickler Juwi und der kreiseigenen Naturenergie Main-Kinzig GmbH angestrebte Vorhaben getroffen werden.

„Die weiteren Verzögerungen liegen darin begründet, dass die Bürgerinitiativen in den vergangenen Wochen nochmals ausführliche, eigene naturschutzfachliche Gutachten eingereicht haben und diese nun von uns als Oberer Naturschutzbehörde sorgfältig geprüft werden müssen“, lautet die Begründung, die das Regierungspräsidium für die neuerliche Fristverlängerung angibt.

Berthold Andres, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Windkraft im

Spessart“, bestätigt, dass die Initiative erneute Gutachten beim Regierungspräsidium zur Prüfung vorgelegt hat. Hintergrund dabei seien etwa die von Juwi vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen, bei denen der Projektentwickler „merkwürdig argumentiert“. Zudem habe es vor vier Wochen erneute Fällungen von Habitatbäumen der Mopsfledermaus gegeben. Es sei zu massiven Durchforstungen gekommen, die eine erneute Störung der schützenswerten Fauna nach sich gezogen hätten. Dies alles – und auch die groß angelegte Baumfällaktion vor zwei Jahren – mache es notwendig, die naturschutzfachliche Betrachtung auf einen neuen Stand zu bringen. Insgesamt hält Andres es für ein gutes Zeichen, dass es beim Regierungspräsidium zu einer weiteren Prüfung kommt. Das zeige schließlich, dass die Argumente der Initiative nicht von der Hand zu weisen sind. Die bereits begonnenen Vermessungsarbeiten am Verlauf der geplanten Kabeltrasse (wir berichteten) werfen auch bei Berthold Andres Fragen auf. Eigentlich gebe es für diese Arbeiten nur zwei mögliche Erklärungen, mutmaßt der Vorsitzende der Bürgerinitiative. Erstens: Juwi

und Naturenergie wissen mehr als die Bürgerinitiative und Öffentlichkeit und beginnen mit den Arbeiten, weil sie, was die Genehmigung angeht, bereits Gewissheit haben. Zweitens: Man hat die vorbereiteten Arbeiten vorgezogen, um den Kostenrahmen zu ermitteln und die Ausschreibungen vorzubereiten – und nehme die eventuell entstehenden Verluste in Kauf.

Bad Orb hat die Kabeltrasse noch nicht genehmigt und brüskiert Juwi und Naturenergie im Ausschuss

Dabei ist ja noch nicht einmal klar, welchen Verlauf die Kabeltrasse nehmen kann, die die Anlage an das Umspannwerk Eiserne Hand anbindet. Denn die Stadt Bad Orb hat den Gestattungsvertrag noch immer nicht verabschiedet, der der Naturenergie erlaubt, das Kabel auf Orber Gemarkung unter die Erde zu bringen. Am Mittwoch vor einer Woche versuchte Bürgermeister Roland Weiß in einer Ausschusssitzung einen überarbeiteten Gestattungsvertrag der Naturenergie GmbH auf die Tagesordnung zu hieven.

Doch das lehnten die Mitglieder des Ausschusses ab – und brüskierten damit Geschäftsführer Oliver Habekost und zwei Vertreter von Juwi, die in der Hoffnung, dass das Thema behandelt wird, im Zuschauerraum saßen. Damit wird es zu einer Entscheidung über den Gestattungsvertrag vor der Sommerpause im Bad Orber Stadtparlament wohl nicht mehr kommen.

Was das Genehmigungsverfahren angeht, ist sich Initiativen-Vorsitzender Andres absolut sicher, dass auch die Frist 29. Juni nicht eingehalten werden kann. Zu umfangreich seien die Unterlagen, die das Regierungspräsidium noch zu prüfen habe. In der Genehmigungsbehörde sei schon deswegen große Sorgfalt angesagt, weil – egal wie die Entscheidung ausfällt – von der jeweiligen Gegenseite mit einer Klage zu rechnen sei. Andres glaubt, dass sich die Argumente der Bürgerinitiative letztlich durchsetzen. Schon jetzt zeige sich ja, „dass unsere Eingaben nicht vom Tisch zu wischen sind“. Andres: „Es ist einfach unsinnig, in diesem unberührten Wald zu bauen. Der Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum Nutzen.“

GNZ 16.06.2018